VG Hamburg
Urteil vom 20.6.2008

Tenor

Die Klage wird abgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.

Das Urteil ist wegen der Kosten vorläufig vollstreckbar.

Der Kläger kann die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe der festzusetzenden Kosten abwenden, falls nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe des zu vollstreckenden Betrages leistet.

Tatbestand

Der Kläger wendet sich gegen eine von der Beklagten gegen ihn verfügte Ausweisung nebst Abschiebungsandrohung.

Der 1979 geborene Kläger ist nigerianischer Staatsangehöriger. Er reiste erstmals am 13.02.2002 ins Bundesgebiet ein und hielt sich zunächst im Landkreis Wittenberg auf. Dort durchlief er unter falschen Personalien ohne Erfolg ein Asylverfahren – ablehnender Bundesamtsbescheid vom 11.03.2002 (Gz.: 2740628-299). Das Amtsgericht Wittenberg verurteilte den Kläger mit Urteil vom 09.11.2004 wegen unerlaubter Einreise zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen (Az.: 2 CS 363 Js 27180/04).

Der Kläger heiratete am 24.03.2004 in Schweden eine deutsche Staatsangehörige. Nachdem er sich sodann in Deutschland vergeblich um eine Aufenthaltserlaubnis bemüht hatte, beantragte er von Nigeria aus ein Visum zwecks Ehegattennachzugs, mit welchem er am 01.06.2005 wieder nach Deutschland einreiste.

Am 03.06.2005 beantragte der Kläger eine Aufenthaltserlaubnis und gab dabei – wie auch schon zuvor auf seinem Visumsantrag – an, im Juni 2003 vom Amtsgericht Wittenberg wegen eines Betäubungsmittelgesetz-Verstoßes zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt worden zu sein. Aus einer in der Sachakte befindlichen Gesprächsnotiz vom 29.04.2005 geht

hervor, dass der Kläger wegen eines Betäubungsmitteldelikttes mit 80 Stunden gemeinnütziger Tätigkeit belegt worden sei.

Die Aufenthaltserlaubnis wurde am 20.06.2005 erteilt und am 19.06.2006 bis zum 18.06.2008 verlängert.

Das Landgericht Hamburg verurteilte den Kläger am 22.02.2007 wegen zwei im Jahr 2006 begangener Straftaten (Einführen und Beihilfe zur Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge) zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und elf Monaten. Daraufhin wies die Beklagte den Kläger mit Bescheid vom 07.06.2007 aus. Den dagegen erhobenen Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 14.08.2007 zurück: Der Kläger werde nach § 53 Nr. 1 und Nr. 2 i.V.m. § 56 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG ausgewiesen. Wegen der Ehe mit einer deutschen Staatsangehörigen sei die zwingende Ausweisung zu einem Regelfall herabgestuft worden. Die Voraussetzungen einer Regelausweisung seien angesichts der Schwere der Tat und der vorhandenen Wiederholungsgefahr erfüllt. Gründe für die Annahme eines Ausnahmefalles, der eine Ausweisung im Ermessenswege zur Folge hat, seien nicht gegeben. Auch die hilfsweise vorgenommene Ermessensbetätigung führe nicht zu einem Absehen von der Ausweisung.

Der Kläger hat am 11.09.2007 Klage erhoben: Ein Ausnahmefall sei sehr wohl gegeben. Es handele sich um eine einmalige Verfehlung aus falsch verstandener Freundschaft. Ausweislich des Vollzugsplans sei sein Verhalten seit Haftantritt beanstandungsfrei und eine Wiederholungsgefahr ausgeschlossen. Er sei in Deutschland integriert, Mitglied in einem Fitnessclub und in einer christlichen Gemeinde, er habe einen Sprachkurs belegt und vor seiner Verhaftung halbtags gearbeitet sowie auch zukünftig das Angebot zur Arbeitsaufnahme. Die Ehe mit seiner deutschen Ehefrau könne nur in Deutschland geführt werden. Hier sei seine Ehefrau noch bis zum Sommer 2008 an der Universität in der Ausbildung. Die Mutter seiner Ehefrau bedürfe wegen psychischer Probleme ihres Beistands. Im Übrigen sei seine Ehefrau schwanger und sie erwarteten für November 2008 die Geburt ihres gemeinsamen Kindes.

Der Kläger beantragt,

den Bescheid vom 07.06.2007 und den Widerspruchsbescheid vom 14.08.2007 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte bezieht sich zur Begründung auf ihre angegriffenen Bescheide.

Ein Antrag auf Befristung der Sperrwirkungen der Ausweisung ist bisher nicht gestellt worden. Die Beklagte hat in der mündlichen Verhandlung zugesichert, über einen etwaigen Befristungsantrag des Klägers eine Befristung der Wirkungen der Ausweisung vorzunehmen.

Die Sachakten der Beklagten sowie die Strafakten zu dem Verfahren vor dem Landgericht Hamburg (602 Kls 12/06-6106 Js 314/06) sind zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht worden. Auf das Protokoll der mündlichen Verhandlung wird verwiesen.

Entscheidungsgründe

I.

Die zulässige Klage hat keinen Erfolg. Ausweisung (1.) und Abschiebungsandrohung (2.) sind rechtmäßig.

1. Die gegen den Kläger verfügte Ausweisung ist rechtmäßig. Maßgeblich für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Ausweisung ist die Sach- und Rechtslage zur Zeit der (letzten) mündlichen Verhandlung (BVerwG, Urt. v. 15.11.2007, – 1 C 45/06 –; HmbOVG, Beschl. v. 11.02.2008, – 4 Bf 169.06.Z).

Ermächtigungsgrundlage für die Ausweisung ist § 53 Nr. 1, Nr. 2 i.V.m. § 56 Abs. 1 AufenthG. Der Kläger hat mit seiner Verurteilung durch das Landgericht Hamburg vom 22.02.2007 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und elf Monaten wegen zwei Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz den Tatbestand der zwingenden Ausweisung nach § 53 Nr. 1, Nr. 2 AufenthG erfüllt. Er ist indes nicht zwingend auszuweisen, sondern genießt erhöhten Ausweisungsschutz nach § 56 Abs. 1 AufenthG, weil er mit einem deutschen Familienangehörigen – seiner Ehefrau – in familiärer Lebensgemeinschaft lebt (§ 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 AufenthG), wobei der Haftaufenthalt der Annahme einer Lebensgemeinschaft nicht entgegen steht (vgl. VGH Hessen, Beschl. v. 25.05.1995, – 13 TH 310/05 –; VG Koblenz, Urt. v. 13.08.2007, – 3 K 309/07.KO – in juris). Nach § 56 Abs. 1 Satz 2 AufenthG kann der

Kläger deshalb nur aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden, welche in der Regel in den Fällen des § 53 AufenthG vorliegen (§ 56 Abs. 1 Satz 3 AufenthG). Dies ist hier der Fall. Anlass dafür, eine Ausnahme von dem Regelfall des § 56 Abs. 1 Satz 3 AufenthG anzunehmen, besteht nicht. Vielmehr ist die Ausweisung des Klägers sowohl aus spezialpräventiven, als auch aus generalpräventiven Gründen angezeigt. Angesichts der von Suchtgiften ausgehenden schwerwiegenden Gefahren für die Allgemeinheit ist es grundsätzlich gerechtfertigt, bei Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz die Ausweisung in bestimmten Fällen als Regel, in anderen sogar zwingend vorzusehen. Allerdings dürfen auch bei Betäubungsmitteldelikten weder die gesetzlichen Vorgaben noch ein allgemeines Erfahrungswissen zu einer schematischen Gesetzesanwendung führen, die die im Einzelfall für den Ausländer sprechenden Umstände ausblendet (BVerfG, Beschl. v. 10.08.2007, – 2 BvR 535/06 – m.w.N. in juris).

Die Ausweisung des Klägers ist aus spezialpräventiven Gründen gerechtfertigt, weil derzeit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls eine Wiederholung vergleichbarer – schwerer – Straftaten ernsthaft droht (vgl. BVerwG, Urt. v. 16.11.2000, – 9 C 6/00 – in juris; vgl. Storr-Wenger/Eberle/Albrecht/Harms, Kommentar zum Zuwanderungsrecht, 2. Aufl., 2008, § 56 Rn 10). Eine Wiederholungsfahr ist schon mit Blick auf die Schwere der Tat nicht auszuschließen. Schwere Rauschgiftdelikte sind regelmäßig mit einer hohen Wiederholungsfahr verknüpft (vgl. BVerwG, Urt. v. 16.11.2000, – 9 C 6.00 –, BVerwGE 112, 185 <192>). Das gilt auch und gerade im Fall des Klägers. Hierzu enthält der angegriffene Bescheid der Beklagten vom 07.06.2007 eine ausführliche Erklärung, der sich das Gericht anschließt (§ 117 Abs. 5 VwGO). Hinzuzufügen ist lediglich Folgendes: Der Kläger ist bisher nicht nur einmal, sondern mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten. Das Urteil des Landgerichts Hamburg vom 22.02.2007 betrifft zwei voneinander unabhängige, im Abstand von drei Monaten begangene Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz. Hinzu kommt der vom Amtsgericht Wittenberg mit Urteil vom 09.11.2004 geahndete Verstoß gegen das Ausländergesetz. Im Übrigen wäre auch im Fall einer Ersttat das Vorliegen schwerwiegender Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht ausgeschlossen (vgl. VG Koblenz, Urt. v. 13.08.2007, – 3 K 309/07. KO – Rn 25 in juris). Die Ehe mit seiner deutschen Ehefrau hat den Kläger nicht davon abgehalten, die Drogenstraftaten zu begehen. Die zukünftige Vaterschaft des Klägers lässt die Gefahr erneuter Straffälligkeit ebenfalls nicht entfallen. Gleiches gilt mit Blick auf die wirtschaftliche Situation des Klägers. Ausweislich des Landgerichtsurteils vom 22.02.2007 war Beweggrund jedenfalls für eine der beiden Straftaten der Umstand, dass sich der Kläger in Geldschwierigkeiten befunden hatte. Die

Gefahr, dass der Kläger auch in Zukunft in Situationen geraten wird, in denen die ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht für die Deckung seiner etwaigen Bedarfe ausreichen ist groß angesichts des Umstands, dass der Kläger ungelernt ist und auf entsprechende Erwerbstätigkeiten im unteren Lohnniveau angewiesen sein wird. Dass der Kläger sich nach seiner Haftentlassung nicht wieder im Drogenmilieu aufhalten wird, ist keineswegs sicher. Der Kläger hat sich nach eigenen Angaben bereits vor seiner Eheschließung im Umfeld von Drogenkriminalität befunden – dafür sprechen nicht zuletzt seine Angaben in dem Visumsantrag vom 12.01.2005 und seinem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis vom 03.06.2005 („Juni 2003 AG Wittenberg BtmG Verstoß gegen AuslG Geldstrafe 30 Tagessätze“). In das Umfeld von Drogenkriminalität ist der Kläger nach seiner Wiedereinreise am 01.06.2005 trotz zwischenzeitlicher Eheschließung zurückgekehrt. Die positive Beurteilung des Klägers in der Vollzugsplankonferenz vom 14.11.2007 schließt keinesfalls eine Wiederholungsgefahr aus. Der Zweck des Vollzugsplans beschränkt sich darauf, eine Grundlage zu schaffen für die Ausgestaltung des bevorstehenden Strafvollzugsabschnitts (vgl. § 8 HmbStVollzG). Er betrifft nicht die auf den Strafvollzug folgende Zeit in Freiheit. Schon deshalb kann selbst aus der in dem Vollzugsplan vom 14.11.2007 abgegebenen Wertung, der Kläger werde nicht noch einmal straffällig werden, nicht auf das Nichtvorhandensein einer Wiederholungsgefahr geschlossen werden. Selbst die Aussetzung der Vollstreckung der Reststrafe zur Gewährung nach § 57 StGB, die der Kläger für das Jahr 2009 anstrebt, führte nicht für sich allein zur Verneinung einer Wiederholungsgefahr und begründet keine Vermutung für das Fehlen einer Rückfallgefahr (vgl. BVerwG, Urt. v. 16.11.2000, – 9 C 6/00 – in juris). Sicherer Aufschluss über ein strikt normgemäßes Verhalten nach Wiedererlangung der Freiheit ist aus dem Vollzugsplan nicht zu gewinnen (HmbOVG, Beschl. v. 18.02.2003, – 3 Bs 363/02 –).

Angesichts der Strafhöhe von vier Jahren elf Monaten Haftstrafe, der Schwere der konkreten Straftaten (Betäubungsmitteldelikte), der Umstände ihrer Begehung (wiederholtes Verkehren im Drogenmilieu, Handeln mit Gewinnerzielungsabsicht), dem Gewicht des bei einem Rückfall bedrohten Rechtsguts (Volksgesundheit, Leben anderer Menschen) sowie der Persönlichkeit des Täters (Mehrfachtäter), seiner Entwicklung seit der Tat (gute Führung, allerdings nur im Strafvollzug) und seiner Lebensumstände (Ehe, die ihn von der Begehung der Straftat nicht abgehalten hat, künftige Vaterschaft, keine Ausbildung, ungünstige wirtschaftliche Perspektive) ist derzeit von einer Wiederholungsgefahr auszugehen.

Die Ausweisung des Klägers ist zudem aus generalpräventiven Gründen gerechtfertigt. Hierzu enthält der Bescheid der Beklagten vom 07.06.2007 Ausführungen, denen sich das

Gericht anschließt (§ 117 Abs. 5 VwGO). Hinsichtlich der auch für die Ausweisung aus generalpräventiven Gründen erforderliche Berücksichtigung der Tatmotive sowie der konkreten Umstände der Straftat, welche zum Anlass einer Ausweisung zur Abschreckung anderer Ausländer genommen wird (dazu siehe BVerfG, Beschl. v. 10.08.2007, – 2 BvR 535/06 – in juris), gelten die obigen Ausführungen entsprechend. Zum Zweck der Generalprävention ist es angezeigt, einen Täter auszuweisen, der – wie der Kläger – bei der Einfuhr von Kokain behilflich ist und selber eine nicht geringe Menge von gut 1200 g mit einem Wirkstoffgehalt von 992,59 g Kokainhydrochlorit verschluckt und zum Zweck des unerlaubten Handels auf diese Weise über den Luftweg nach Deutschland einführt. Anderenfalls bestünde die Gefahr noch zahlreicherer Nachahmungen dieser – ohnehin schon nicht unüblichen – Einfuhrmethode.

Nach allem liegen schwerwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und mithin diese Ausweisungsvoraussetzung vor.

Nach § 56 Abs. 1 Satz 4 AufenthG wird, wenn – wie hier – die Voraussetzungen des § 53 AufenthG vorliegen, der Ausländer in der Regel ausgewiesen. Nach neuer Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Urt. v. 23.10.2007, – 1 C 10/07 – Rn 24 in juris) liegt ein Ausnahmefall von der Regelausweisung – und damit die Notwendigkeit einer behördlichen Ermessensentscheidung über die Ausweisung – bereits dann vor, wenn durch höherrangiges Recht oder Vorschriften der EMRK geschützte Belange des Ausländers eine Einzelfallwürdigung unter Berücksichtigung der Gesamtumstände des Falles gebieten. Die Voraussetzungen für einen Ausnahmefall sind gegeben, wenn es von § 56 Abs. 1 Nr. 1 – 5 AufenthG nicht vollumfänglich abgedeckte Umstände gibt (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.10.2007, a.a.O. Rn 29). Ob ein das Ermessen eröffnender Ausnahmefall oder ein Regelfall im Sinne des § 56 Abs. 1 Satz 4 AufenthG gegeben ist, kann hier offenbleiben, denn die Ausweisung des Klägers hätte nicht nur als Regelausweisung Bestand, sondern auch, wenn ein Ausnahmefall angenommen werden müsste. Eine für diesen Fall erforderliche Ermessensentscheidung hatte die Beklagte nämlich bereits in den angegriffenen Bescheiden hilfsweise getroffen, wobei sie ihre Ermessenserwägungen in der mündlichen Verhandlung – nach § 114 Satz 2 VwGO zulässigerweise – erweitert hat.

Die Ausübung des Ermessens ist nicht zu beanstanden. Insbesondere hat die Behörde die Rechte des Klägers mit Blick auf seine Familie aus Art. 8 EMRK und Art. 6 GG nicht verletzt.

Hinsichtlich des Rechts des Klägers auf Achtung seines Familienlebens aus Art. 8 Abs. 1 EMRK ist ausweislich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Urt. v. 05.23.2007 in der Sache Chair ./ Deutschland, Nr. 69735/01, InfAusIR 2008, S. 111, 112) zu berücksichtigen, dass der Kläger schwerwiegende Drogendelikte begangen hat und dafür mit einer Haftstrafe von vier Jahren und 11 Monaten belegt worden ist, er im Alter von bereits 23 Jahren nach Deutschland eingereist ist, er sich legal seit dem 01.06.2005 und insgesamt seit nicht viel mehr als sechs Jahren in Deutschland aufgehalten hat, ein straftatfreies Verhalten seit der Straftat in Freiheit wegen der Haft bisher nicht festgestellt werden kann, er Bindungen zu seiner in Afrika lebenden Familie (Mutter und Geschwister) hat, die dortigen Sprachen spricht und die sozialen Bindungen in Deutschland angesichts von lediglich halbtags ausgeübter Aushilfstätigkeiten und der Mitgliedschaft in einem Fitnessclub nicht stark ausgeprägt sind. Der Umstand, dass der Kläger seit 4 ½ Jahren eine stabile Ehe mit einer deutschen Ehefrau führt, die derzeit wegen ihrer Ausbildung und psychischer Probleme ihrer Mutter nur in Deutschland leben kann, führt demgegenüber nicht zur Unangemessenheit der Ausweisung.

Dass der Kläger und seine Ehefrau für November 2008 die Geburt ihres Kindes erwarten, berührt die im Rahmen von Art. 8 EMRK vorzunehmende Abwägung nicht, da Kinder aus einer Art. 8 EMRK unterfallenden Familienbeziehung allein aufgrund der Geburt und (erst) von diesem Zeitpunkt an ein Teil der Familien sind (EMRK/GG Konkordanzkommentar, 2006, S. 781 Rn 41; EGMR, Urt. v. 21.06.1988 in der Sache Berrehab ./ Niederlande, Nr. 10730/84, in HUDOC, www.coe.int).

Auch Art. 6 GG zwingt nicht dazu, die Ausweisung des Klägers als rechtswidrig zu beurteilen. Die Schwangerschaft der deutschen Ehefrau eines Ausländers begründet für sich genommen noch keinen Ausweisungsschutz (VG Saarland, Beschl. v. 27.01.2005, – 10 F 54/04 – in juris). Das Bundesverfassungsgericht stellt bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen, die den Umgang mit einem Kind berühren, hinsichtlich der Schutzwirkungen des Art. 6 GG maßgeblich darauf ab, ob zwischen Vater und Kind tatsächlich eine persönliche Verbundenheit besteht, auf deren Aufrechterhaltung das Kind zu seinem Wohl angewiesen ist (BVerfG, Beschl. v. 23.01.2006, – 2 BvR 1935/05 – in juris). Diese Rechtsprechung setzt die Geburt des Kindes notwendigerweise voraus. Soweit in der Rechtsprechung aus Art. 6 GG ableitbare Vorwirkungen auf das Verhältnis zwischen einem noch nicht geborenen Kind und dessen Elternteil anerkannt werden, geschieht dies – soweit ersichtlich – nicht in Bezug auf

Ausweisungsfälle, sondern in Fällen, in denen werdende Väter Abschiebungsschutz begehren (vgl. Sächsisches OVG, Beschl. v. 15.09.2006, – 3 Bs 189/06 –, InfAuslR 2006, S. 446 ff.). Auch dem Kläger steht es offen, mit Blick auf die Geburt seines Kindes Ansprüche nach § 25 Abs. 5, § 60a AufenthG geltend zu machen, die ggf. seinen Verbleib im Bundesgebiet trotz Ausweisung ermöglichen.

Dass die Ehefrau des Klägers wegen der Schwangerschaft in für Schwangerschaftsfälle atypischem Maße auf die Anwesenheit des Klägers angewiesen ist, ist nicht anzunehmen. Dies ist weder von Klägerseite vorgetragen worden, noch sonst ersichtlich.

Dass die mit der Ausweisung nach § 11 Abs. 1 Satz 1, 2 AufenthG verbundenen Sperrwirkungen bisher nicht befristet worden sind, berührt die Rechtmäßigkeit der Ausweisung nicht, da der Kläger realistische Aussichten hat, tatsächlich eine Befristung zu erwirken und nach Deutschland zurückkehren zu können (vgl. HmbOVG, Beschl. v. 11.02.2008, – 4 Bf 169/06.Z; – BVerwG, Urt. v. 23.10.2007, – 1 C 10/07 – Rn 18 in juris). Die Beklagte hat in der mündlichen Verhandlung zugesichert, keinen Ausnahmefall im Sinne von § 11 Abs. 1 Satz 3 AufenthG anzunehmen und auf Antrag eine Befristungsentscheidung zu erlassen.

2. Die Rechtmäßigkeit der Abschiebungsandrohung ergibt sich aus §§ 58, 59 AufenthG.

II.

Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens als unterliegender Teil gemäß § 154 Abs. 1 VwGO. Der Ausspruch über die vorläufige Vollstreckbarkeit der Kostenentscheidung folgt aus § 167 VwGO i.V.m. §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.